

## **1939/41 - Umsiedlungen der zerstreuten ostdeutschen Volksgruppen in die neu gegründeten Reichsgaue**

*Prof. Dr. Erich Müller*

Die Überraschung war perfekt, die Bestürzung groß, als sich am 17. September 1939, wenige Tage nach Hitlers Überfall auf Polen, die Nachricht verbreitete, dass die Truppen der Sowjetunion in die ostpolnischen Gebiete einmarschieren und diese Okkupation mit Einverständnis der deutschen Führung geschieht. Sie war eine Folge der im Hitler-Stalin-Pakt festgelegten Aufteilung Osteuropas in eine sowjetische und eine deutsche Interessensphäre in den geheimen Zusatzprotokollen vom 23. August 1939. Gleichzeitig konzentrierte die Sowjetunion starke Truppenverbände an der Grenze zu den Baltenrepubliken. Das löste bei den Deutschbalten große Unruhe aus. Tatsächlich eröffnete Molotow am 19. September 1939 den Esten, dass fortan deren Hoheitsgewässer durch die Rote Flotte „geschützt“ würden. Danach sicherte sich Stalin militärische Stützpunkte und erzwang die Unterzeichnung eines Beistandspaktes durch den estnischen Präsidenten Päts - ein dreiviertel Jahr später fand sich dieser in einem sibirischen Lager wieder und gilt als verschollen. Ähnliches wiederholte sich in Lettland: Unter Stalins erpresserischem Druck wurde am 5. Oktober 1939 ein Abkommen unterzeichnet, das der Sowjetunion Stützpunkte und Garnisonen einräumte. Der unterzeichnende lettische Präsident Ulmamis wurde 1940 gleichfalls in ein Lager deportiert.

Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des SS-Sicherheitsdienstes, informierte den Landesgruppenleiter der den Nationalsozialisten nahestehenden „Bewegung der Lettlanddeutschen“, dass stündlich mit dem Einmarsch der Roten Armee in Estland und Lettland zu rechnen sei. Die Deutschbalten verfügten über einflussreiche Beziehungen zu NS-Führungsstellen und forderten nachdrücklich, sie vor der sowjetischen Bedrohung zu retten. Am 25. September 1939 verständigte Himmler den Landesgruppenleiter, dass die Sowjets nun auch Litauen beanspruchten und der Reichsaußenminister zur Klärung dieser Frage erneut nach Moskau reisen würde. „Es müsse jetzt entschieden werden, welche Entschlüsse hinsichtlich der Deutschbalten zu fassen seien“. Der Landesgruppenleiter will darauf gedrungen haben, beide Volksgruppen aus Estland und Lettland vollständig ins Reich umzusiedeln. Am Tage darauf teilte ihm Himmler mit „... der Führer sei im Grundsatz mit der Evakuierung der gesamten deutschbaltischen Bevölkerung einverstanden“. Ribbentrop werde die Instruktion erhalten, die Frage einer Bevölkerungsverschiebung in Moskau ins Gespräch zu bringen. Das Auswärtige Amt brachte in seinem am 26. September 1939 verfassten „Vermerk zu den bevorstehenden Verhandlungen in Moskau“ das Problem des Bevölkerungsaustausches zur Sprache: „...insbesondere die Überführung von Volksdeutschen aus dem russischen in das deutsche Gebiet und Sicherung des Schicksals der Volksdeutschen in den von Russland etwa sonst noch zu besetzenden Gebieten“.

Am 28. September 1939 einigten sich Ribbentrop und Molotow in Moskau auch über die Umsiedlungsfrage und verfassten ein vertrauliches Protokoll, dessen Kernsatz lautet: „Die Regierung der UdSSR wird Persönlichkeiten deutscher Abstammung, sofern sie den Wunsch haben, nach Deutschland oder in die deutschen Interessengebiete überzusiedeln, hierbei keine Schwierigkeiten in den Weg legen“. Diese nicht nur auf das Baltikum beschränkte Formulierung eröffnete im Folgenden auch den Weg zur Umsiedlung anderer ostdeutscher Volksgruppen.

Die Umsiedlungs- und Ansiedlungskompetenz wurde dem Reichsführer SS übertragen. Dazu wurde eine neue Reichsbehörde gegründet mit der Bezeichnung „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“. Diese Behörde verfolgte mit der Umsiedlung weitreichende Ziele nationalsozialistischer Volkstums- und Rassenpolitik. Es ging darum, die in das Reich eingegliederten Provinzen Westpreußen, Wartheland und die süd-ostpreußischen und oberschlesischen Gebiete möglichst rasch „einzudeutschen“, den hohen polnischen Bevölkerungsanteil drastisch zu verringern und den jüdischen ganz zu beseitigen. Für diese Eindeutschungsmaßnahmen benötigte das Reich Millionen deutsche Ansiedler, vor allem Bauern, die an ein anspruchsloses Leben gewöhnt waren. Aber solche gab es in Deutschland nur wenige und im anhaltenden Krieg war ein Wegzug von Bauern aus dem Altreich untersagt. Nun aber bot sich nach dem Polenkrieg die Möglichkeit, hunderttausende Volksdeutsche aus dem Ostraum in

den neu gegründeten Reichsgauen anzusiedeln. Hitler gebrauchte in seiner Reichstagsrede am 6. Oktober 1939 den Begriff „Umsiedlung der Nationalitäten“, in dem man eine Vorankündigung der Vertreibung der Polen aus den Provinzen Posen und Westpreußen sehen konnte. Er veranlasste slawische „Bevölkerungsverschiebungen“ gigantischen Ausmaßes. Czesław Madajczyk gibt die Zahl der aus dem Warthegau ausgewiesenen und verdrängten Polen mit über 600 000 an.

Ein Phänomen der Umsiedlungen war deren nahezu vollzählige Befolgung durch die Angehörigen der ostdeutschen Volksgruppen, was besonders deshalb hervorzuheben ist, weil es sich - mit Einschränkung bei den Baltendeutschen – überwiegend um eine bäuerliche Bevölkerung gehandelt hatte, die bodenständig mit Haus und Hof verwurzelt und schwer umzusetzen war. In Osteuropa musste somit eine nachhaltige Verschlechterung der Lebensverhältnisse eingetreten sein und alle ostdeutschen Volksgruppen müssen mit Sorge in die Zukunft geblickt haben. Anders ist nämlich ihre Bereitschaft zur spontanen Aufgabe ihrer materiellen Existenz, ihres Besitzes, ihrer Lebensgewohnheiten, der dörflichen Gemeinschaft und anderer, generationenlanger Bindungen zugunsten einer unsicheren neuen Zukunft nicht zu erklären. Schuld daran trug auch die zunehmende Unterdrückung durch die damaligen Staatsvölker, die einen gegen die Deutschen gerichteten Nationalismus pflegten und minderheitenfeindliche Handlungen gegen Personen und deutsche Einrichtungen wie Schulen betrieben. Dazu gesellte sich die Angst vor der Roten Armee und Stalins Unterdrückungssystem

Tatsächlich enteigneten die Sowjets bald Grund und Boden, beschlagnahmten Geld- und Vermögenswerte und führten im ostpolnischen Raum bereits im Februar 1940 die erste von vier großen Massendeportationen durch.

Deutschland schloss am 15. Oktober 1939 mit der estnischen und am 30. Oktober 1939 mit der lettischen Regierung Umsiedlungsverträge ab und führte unmittelbar danach die Umsiedlung der Deutschbalten durch. Unter Einschluss der Nachumsiedlung kamen auf diese Weise über 78 000 Deutsche aus **Estland und Lettland** ins Reich. Am 3. November 1939 wurde der Vertrag zur **Umsiedlung der Deutschen aus Galizien, Wolhynien und dem Narewgebiet** geschlossen und sogleich deren Umsiedlung in der Zeit vom 23. Dezember 1939 bis Anfang Februar 1940 durchgeführt. Den umgesiedelten 128 379 Personen sind noch die hinzuzurechnen, die vorher schon in den Westen geflüchtet waren und danach den Umsiedlern gleichgestellt wurden, wodurch sich diese Zahl auf 136 400 erhöht. Vom 3. bis 5. Dezember 1940 wurden über 30 000 Deutsche aus dem zum Generalgouvernement gehörenden **Cholm-Lubliner Gebiet** umgesiedelt und in den Warthegau transportiert. In der Zeit vom 18.09.1940 bis 23.10.1940 folgten die **Bessarabien-Deutschen** (93 000 Personen) und vom 27.09.1940 bis 16.11.1940 die **Nordbukowina-Deutschen** (44 000 Personen). Bis 26. November 1940 wurden auch die **Südbukowina-Deutschen** (52 000 Personen) und die **Dobrukscha-Deutschen** (14 000 Personen) umgesiedelt, ferner im Frühjahr 1941 die **Deutschen aus Litauen** (47 000).

Für die Galizien-, Wolhynien- und Narewdeutschen war die Umsiedlung im Vergleich zu der der Deutschbalten erheblich erschwert. Bereits die Registrierung war abhängig von der Zustimmung des der Ortskommission angehörenden sowjetischen Kommissars, der auch die Vermögenserfassung genehmigen musste. Strenge sowjetische Kontrollen verunsicherten die Umsiedler, strenger Winterfrost bis minus 40 Grad C machte die Umsiedlung zu einem Akt höchster Anstrengung. Zwar wurden Städter, Greise, Frauen, Kinder und Kranke auf dem Schienenwege transportiert, aber in Viehwaggons mit einem Kanonenofen in der Mitte ohne Heizmaterial und auf Nebenstrecken mit endlosen Halts und Fahrzeiten bis zu zwei Tagen und Nächten. Die männlichen Bauern zogen mit Pferdefuhrwerken in endlosen, bis zu 15 km langen Kolonnen auf eisglatten Straßen, auf denen sich zahlreiche Unfälle ereigneten und mit Übernachtungen im frostigen Freien. Als am 26. Januar 1940 der letzte galiziendeutsche Pferdetreck die San-Brücke in Przemysl erreichte, hatten diese 12 772 Treckwagen mit 22 461 Pferden überschritten.

In Lodz wurden 33 Empfangslager für rd. 25 000 Personen, weitere in Pabianice, Zgierz und Kalisch eingerichtet, in die die Umsiedler auf deutscher Seite mit Zügen transportiert wurden. Dort wurden sie registriert und erhielten eine Kennkarte. Danach wurden sie in Auffanglager im Altreich gesandt, von denen es im März 1940 bereits über 200 gab. Vor der Ansiedlung hatten die

Umsiedler die sog. „Durchschleusung“ zu durchlaufen und NS-Qualifikationskriterien zu bestehen. So wurden sie einer Kommission des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS vorgeführt, getarnt als „*Gesundheitsstelle*“. Hier erfolgte neben ihrer gesundheitlichen auch die erbbiologische und rassische Begutachtung, wobei sie in vier „Rassewertungsgruppen“ eingestuft wurden. Die Vorschrift lautete, dass nur Umsiedler der Rassewertungsgruppen I bis III zur Ansiedlung in den Ostgebieten zugelassen waren. Höhepunkt der Durchschleusung war die Einbürgerung.

War der Umsiedler für die Ostansiedlung als tauglich befunden, erhielt er die gelbe Transportkarte mit der Aufschrift „O“ ausgehändigt. Wurde er in das Altreich verwiesen, erhielt er eine rote Karte mit dem Aufdruck „A“. Über diese Einteilung gab es viele Klagen und Beschwerden, hatte doch ein in das Altreich verwiesener A-Bauer keinerlei Aussicht, im Reich eine Bauernwirtschaft zu erhalten. Die „O“-Umsiedler wurden erst in ein Zwischenlager und danach in Bereitstellungslager geleitet, die in der Nähe ihrer künftigen Ansiedlungsorte lagen. In diesen wurden auch die neuen Dorfgemeinschaften zusammen-gestellt, welche dann kurze Zeit später vom Ansiedlungsstab abgerufen und angesiedelt wurden. Für diesen Zweck wurde eine Einwandererzentralstelle gegründet. Ihr Chef Heydrich war außerdem zuständig für „die Durchführung der zur Ansetzung der Umsiedler notwendigen Evakuierungen“, sprich für die Vertreibung der Polen und Juden und ihre anfängliche Abschiebung ins Generalgouvernement.

Nach Ausbruch des Russlandfeldzuges im Juni 1941 wurden auch die auf sowjetischem Gebiet lebenden **Ost-Wolhyniendeutschen** und andere Deutsche aus dem russischen Raum umgesiedelt. Schließlich schlossen sich 1943 nach der Stalingrad-Niederlage die in der Südukraine lebenden **Schwarzmeer-Deutschen** den zurückweichenden deutschen Truppen an. Einen Teil (7 500 bis März 1944) siedelte die Volksdeutsche Mittelstelle in den 1940 verlassenen ostgalizischen Kolonien der Galiziendeutschen an, von denen sie 1944 fliehen mussten bzw. in denen sie von den Sowjets überrollt und dann in das Innere der Sowjetunion verschleppt wurden. Andere fanden Unterkunft im Warthegau oder wurden vorübergehend im **Raum Zamość** angesiedelt (16 000 bis Herbst 1943): Dort hatten von November 1942 an bereits rd. 4 000 deutsche Bauern, vor allem aus Bessarabien, eine Bleibe gefunden, sahen sich aber zunehmend den Racheakten der Armia Krajowa AK ausgesetzt. Zu den dort angesiedelten Bessarabien-deutschen gehörten auch die Eltern unseres früheren Bundespräsidenten Horst Köhler. Erwähnt sei noch, dass es sogar in Lothringen – damals dem Reich angegliedert – Ansiedlungen von Umsiedlern gegeben hatte.

Die Umsiedlungsaktion der Deutschbalten aus Estland und Lettland war Ende April 1940 in der Hauptsache abgeschlossen. Vierfünftel der Bevölkerung der deutschbaltischen Siedlungsgruppe waren Städter, so dass in Posen etwa 29.000 Deutschbalten und in Lodz 8.500 untergebracht wurden. Dort und in kleineren Kreisstädten wurden sie in ca. 3.000 selbständige Industrie- und Handelsunternehmungen und in rund 1.100 selbständige handwerkliche Unternehmungen eingesetzt. Die bäuerliche Bevölkerung der Deutschbalten wurde auf ca. 2 300 Höfe im Warthegau und 280 Höfe in Westpreußen verteilt und erhielt 145 000 Hektar an Grund und Boden zugewiesen. Bei der bäuerlichen Ansiedlung vertraten die NS-Verantwortlichen die These, dass ein „gesundes Mischungsverhältnis mit später noch anzusetzenden anderen deutschen Bauernfamilien“ anzustreben sei und bestanden auf die Durchmischung mit „frischem Blut“, d.h. auf das Zusammensiedeln mit anderen Umsiedlern, zu denen nach dem Kriege noch reichsdeutsche Bauern hinzukommen sollten. Tatsächlich wurden z. B. die Bewohner des galiziendeutschen Dorfes Brigidau auf 11 Ortschaften aufgeteilt und mit Umsiedlern aus anderen Gegenden „durchmischt“.

Die Ansiedlungen der bäuerlichen Umsiedler verliefen nach folgendem Schema: 48 Stunden vor der Ansiedlung erhielt die Polizei die Hofzuweisungsliste und vom Höheren SS- und Polizeiführer den Befehl, die polnischen Bewohner zu vertreiben. Die Umsiedler wurden aus dem Bereitstellungslager abgerufen, mit Verpflegung ausgestattet und auf vorbereitete Transportmittel verladen. Das „Ansetzen“ der Umsiedler war so konzipiert, dass die Hofübernahme unmittelbar nach dem Hinauswurf der polnischen Vorbesitzer zu erfolgen habe, um die bäuerliche Arbeit, insbesondere das Füttern und Melken des Viehs, nicht zu unterbrechen. Obwohl die Umsiedler so herant transportiert wurden, dass sie nicht Zeuge des Hinauswurfs der Polen waren, um ihre Psyche nicht mit diesem Vorgang zu belasten, bekamen viele Details der gewaltsamen Hofräumung mit.

Insgesamt wurden bis 15. Oktober 1940 in Dörfern des Warthegaus 72.646 Personen angesiedelt, in den Städten des Warthegaus rd. 12.000, im Altreich ca. 8.000 Personen, aber es befanden sich in den Lagern immer noch 29 000 Menschen. 4.000 hatten das Lager mit unbekanntem Ziel verlassen, rd. 3.000 sollen inzwischen verstorben sein. - Im Juli 1942 wurden folgende Zahlen amtlich veröffentlicht: Von den 136.400 Volksdeutschen aus Wolhynien, Galizien und dem Narewgebiet waren 106.600 im Osten, 20.500 im Altreich angesiedelt worden. 6.900 „Fremdstämmige“ waren nicht anzusiedeln; noch anzusiedeln seien 600. Der NS-Staat beschlagnahmte sämtliches polnisches Vermögen und Besitztum, egal ob staatlich oder privat und enteignete die polnischen oder jüdischen Besitzer. Die beschlagnahmten Bauernwirtschaften, Betriebe und Wohnungen wurden den Umsiedlern treuhänderisch übergeben zur späteren Verrechnung mit dem in der alten Heimat zurückgelassenen Vermögen. Madajczyk gibt an, dass 2 530 000 ha beschlagnahmtes Land zur Kolonisierung bestimmt worden waren. Bis Ende 1941 war von deutschen Umsiedlern ein Fünftel dieser Fläche, nämlich 779 000 ha übernommen worden. Polnische Kleinbauernbetriebe wurden z.T. durch Zusammenlegung von Höfen vergrößert. So schuf man Anfang 1943 auf einer Fläche von 325 000 ha 19 958 zusammengelegte Höfe mit einer Durchschnittsgröße von 16,3 ha. Nach einer anderen Quelle erwarben die Umsiedler 47 000 Bauernhöfe und erhielten bis Ende 1942 rd. 20 % von den 60 000 polnischen Wirtschaftsbetrieben sowie etwa 20 000 Handwerksbetriebe.

Zur Brutalität, mit der die deutschen „Evakuierungskommandos“ die polnischen oder jüdischen Vorbesitzer aus ihren Höfen oder Betrieben vertrieben hat, sei nur angemerkt, dass es sich hierbei um das dunkelste Kapitel des Ansiedlungsgeschehens handelt. Die Umsiedler hatten im Glauben an die hehren Ziele des deutschen Vaterlandes und im Vertrauen auf dessen Zusagen ihre angestammte Heimat verlassen, keinerlei NS-Erfahrung und waren in einem gewissen Umfang beeinflussbar von den Parolen der Reichspropaganda. Nun sahen viele, dass sie als Spielball für siedlungs- und machtpolitische Interessen des NS-Staates missbraucht wurden, dass ohne ihre Absicht der polnischen Bevölkerung Leid zugefügt wurde und der gesamte Vorgang der Ansiedlung, Enteignung und Vertreibung ein Akt des Unrechts war. Die Quittung dafür erhielten sie 1945 beim Zusammenbruch des Reiches.

Zu diesem Thema wurden von Herrn Prof. Dr. Erich Müller u.a. auch folgende Berichte veröffentlicht:

### **Heiliges Band, Hefte Oktober und November 1989**

„Zur Vorgeschichte und Umsiedlung 1939/1940“, mit 38 Quellenangaben.

### **Zeitweiser 2005**

„Transporte, Lager, Ansiedlung im Warthegau: Das Schicksal der galizien- und wolhyniendeutschen Umsiedler nach ihrem Grenzübertritt 1939/1940“.

Dieser Bericht enthält Quellenangaben in 42 Fußnoten.

### **Zeitweiser 2009**

„Erinnerung an die Umsiedlung der Galiziendeutschen 1939/1940“

Dieser Bericht enthält mehrere Quellenangaben in 11 Fußnoten.